

DANIEL-DYLAN BÖHMER

Wie ist sicherzustellen, dass der Iran die Atomenergie wirklich nur zu zivilen Zwecken benutzt, wie dessen Regierung immer behauptet? Im Streit über das iranische Atomprogramm beginnt eine neue Verhandlungsrunde zwischen den fünf ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats sowie Deutschland und dem Iran. Kaum jemand kennt das jahrelange Ringen besser als Hossein Mousavian. Von 1990 bis 1997 war er Botschafter in der Bundesrepublik und bis 2005 Sprecher der iranischen Delegation im Atomstreit. Er gilt als Vertrauter des ehemaligen iranischen Präsidenten Ali Akbar Haschemi Rafsandschani, dem auch der heutige Präsident Hassan Ruhani nahesteht. Und als graue Eminenz der iranischen Atomdiplomatie.

**DIE WELT: Dr. Mousavian, am Mittwoch beginnt in Genf eine neue Runde der Atomverhandlungen. Was erwarten Sie?**

**SEYED HOSSEIN MOUSAVIAN:** Ich bin optimistisch, weil es keinen Streit hinsichtlich von Maßnahmen gibt, die der Nichtweiterverbreitungsvertrag für Atomwaffen vorschreibt. Die verbliebenen Probleme beziehen sich auf Maßnahmen, die über den Vertrag hinausgehen und auf eine bestimmte Phase der Vertrauensbildung. Die Basis für eine Einigung sollte und kann der Nichtweiterverbreitungsvertrag sein. Solange darüber Einigkeit herrscht, wäre es ein großer Fehler für die Weltmächte, einen Deal zu verhindern.

**Waren Sie enttäuscht, als am 24. November kein Deal gefunden und stattdessen eine Fortsetzung der Gespräche verkündet wurde?**

Ich wusste, dass man kein umfassendes, detailliertes Abkommen würde schließen können. Aber ich hatte sehr gehofft, dass sie sich wenigstens auf Prinzipien einer Einigung würden verständigen können. Nach meinem Verständnis war man an einem Punkt angelangt, wo man ein sogenanntes politisches Abkommen hätte schließen können, in dem grundlegende Elemente eines endgültigen festgehalten worden wären. Dazu hätten vor allem Transparenzmaßnahmen für mehr Transparenz beim iranischen Atomprogramm gehört und zwar auf der höchsten Stufe, die der Nichtweiterverbreitungsvertrag für Atomwaffen und die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) vorsehen. Dazu weitere Maßnahmen, die sich auf die mögliche militärische Dimension des Atomprogramms beziehen, außerdem technische Änderungen am Schwerwasserreaktor in Arak, die Umwandlung der Urananreicherungsanlage in Fordo in eine Forschungseinrichtung, eine Begrenzung der Vorräte an bereits angereichertem Uran und eine Beschränkung der Anreicherung auf fünf Prozent. Dafür wären die E3+3 – also Deutschland, Frankreich, Großbritannien sowie die USA, Russland und China – bereit gewesen, die Urananreicherung im Iran für praktische Zwecke zu akzeptieren und die Sanktionen aufzuheben. Diese Punkte hätte man im November in Wien bereits unterzeichnen können, und bis heute stehen alle Verhandlungsparteien dahinter. Nur zwei Probleme gibt es noch: Das eine ist die Frage, mit welcher Kapazität wir Uran anreichern können sollen, das andere ist die Aussetzung der internationalen Sanktionen gegen mein Land. Das Übergangsabkommen vom November 2013, das die Verhandlungen eröffnete, hat ja schon festgehalten, dass die Anreicherungs Kapazität iranische Bedürfnisse entsprechen muss.

**Was auch immer das heißen mag.** Genau. Nun verhandelt man über die Definition von „praktischen Bedürfnissen“. Es gibt einen Vertrag mit Russland über die Lieferung von angereichertem Uran als Brennstoff für unseren Atomreaktor in Buschehr. Er läuft 2021 aus und ab dann muss Iran selbst Uran für Buschehr anreichern. Die Amerikaner sagen, Russland könne den Vertrag doch verlängern. Wir antworten darauf: Natürlich kann es das, aber wir haben unsere eigenen Anlagen, wir haben die nötigen Spezialisten und die Ausrüstung, um Uran selber anzureichern. Warum sollen wir es kaufen? Wir haben einen echten, praktischen Bedarf im Land. Warum will man uns zum Importieren zwingen?

**Eine Verlängerung wäre doch gar nicht ungewöhnlich. Viele ähnliche Verträge, die normalerweise geschlossen werden, wenn man sich auf**

# „Atomraketen könnten wir jederzeit bauen“

Irans Topdiplomate Mousavian über den Nuklearstreit und Teherans Friedenswillen



Hossein Mousavian war Atomunterhändler und Botschafter Irans in Deutschland

**den Bau eines Kraftwerks einigt, laufen über 60 Jahre. Warum stimmt der Iran keiner Verlängerung zu?**

Wir haben die Anlagen, wir haben die Ingenieure, wir haben das Know-how, und sie verlangen von uns, dass alles unbenutzt zu lassen und Brennstoff zu importieren? Für zukünftige Atomkraftwerke wäre das eine denkbare Lösung. Wenn es eine umfassende Einigung im Atomstreit gibt, dann kann der Iran entsprechend planen und Brennstoff auf dem internationalen Markt für seine neuen Reaktoren kaufen und nicht in weitere Anreicherungsanlagen investieren. Aber seit 30 Jahren beschränkt der Westen unseren Zugang zum weltweiten Brennstoffmarkt. Das ließ uns keine andere Wahl, als auf Selbstversorgung zu setzen. Diese Investitionen sind nun getätigt. Wir können die Anreicherungsanlage in Natanz doch nicht einfach in den Persischen Golf schmeißen.

**Aber Moment mal: Da gab es mal die berühmte Geheimrede des heutigen Präsidenten Hassan Ruhani 2005, in der Zeit, als er selbst Atomunterhändler war. Und dort hat er zugegeben, dass der Iran in Wahrheit schon in den 80er-Jahren damit begonnen hat, die eigene Urananreicherung vorzubereiten – und das ganz bewusst verheimlicht hat. Täuschen und Fakten schaffen – ist das noch immer die iranische Strategie?**

Die Großmächte sind es doch, die den Vertrag zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen am schwersten gebrochen haben. Der wichtigste Zweck des Vertrages war nukleare Abrüstung. Aber heute, mehr als 50 Jahre nach Abschluss des Vertrages, gibt es noch immer 22.000 Atombomben im Besitz der Großmächte, und sie sind nicht bereit, sie abzugeben. Der Vertrag sollte die Verbreitung von Kernwaffen verhindern, aber Indien, Pakistan, Israel haben eigene Atombomben entwickelt. Aber dennoch unterhalten die Großmächte beste Beziehungen mit ihnen, mitunter sogar strategische Beziehungen – und richten allen Druck und alle Sanktionen gegen den Iran, der den Vertrag ratifiziert hat, der keine Bombe besitzt und der laut einem IAEA-Bericht nach zehn Jahren der Inspektionen keinen nuklearen Brennstoff für militärische Zwecke abgezweigt hat. Der Iran wurde stärker sanktioniert als Nordkorea, obwohl Pjöngjang den Nichtweiterverbreitungsvertrag gekündigt und Atomwaffen hergestellt hat. Wie kann man diesen Großmächten in puncto Nichtweiterverbreitung trauen? Wir Iraner sagen: Ihr seid das Problem! Ihr habt diese Technologie entwickelt! Ihr habt sie anderen Ländern gegeben! Und ihr sanktioniert uns härter als Nordkorea? Das ist doch wohl ein Witz!

**Aber in ihrem Bericht vom November 2011 erklärt die IAEA, dass der Iran spezifische Forschungen und Entwicklungsarbeiten für Atomwaffen durchgeführt hat und mit großer Wahrscheinlichkeit noch immer betreibt.**

Nein. Erstens ist das nicht das, was im Bericht steht. In diesem Bericht heißt es,

dass der Iran Forschung und Entwicklungsarbeit durchgeführt hat, die für zwei Zwecke dienen kann, für friedliche oder militärische. Die IAEA fordert Inspektionen über den Nichtweiterverbreitungsvertrag hinaus, um das zu überprüfen. Zweitens sind Forschung und Entwicklungsarbeiten für Atomwaffen durch den Vertrag nicht verboten. Dieser verbietet lediglich den Bau, die Lagerung und den Einsatz von Kernwaffen. Deutschland führt seit mehreren Jahren Kernwaffenforschung unter Aufsicht der IAEA durch. Weil Berlin sich über die Folgen eines atomaren Anschlags durch andere Länder informieren will. Das ist ja auch legitim, solange die Atomkräfte Tausende von Bomben besitzen.

**Aber nach Ihrer Argumentation gegen das Fehlverhalten der Weltmächte wäre es doch geradezu logisch, wenn der Iran zumindest den Ausbruchspunkt anstrebt, also die Fähigkeit, jederzeit Atomwaffen herzustellen, ohne daran gehindert werden zu können.**

Nein. Wenn wir die Atombombe haben wollten, dann hätten wir schon die Fähigkeit, sie zu bauen. Jeder weiß das. Wenn der Iran die Bombe bauen will, dann wird er es tun. Wir haben deutlich erklärt, dass wir keine Kernwaffen wollen. Wir sind ein Mitgliedsstaat des Nichtweiterverbreitungsvertrages und wir sind das einzige Land, das Atomwaffen von höchster politisch-religiöser Ebene und auf Grundlage des Glaubens geächtet hat, nämlich durch eine Fatwa des Obersten Religiösen Führers Ali Chamenei. Wenn irgend jemand die Gültigkeit dieser Fatwa bezweifelt, dann soll er sich Folgendes vor Augen führen: Während des Iran-Irak-Krieges der 80er-Jahre setzte der irakische Diktator Saddam Hussein Giftgas gegen iranische Truppen und Zivilisten ein, zu dessen Herstellung er Technologie aus dem Westen erhalten hatte, ...

**... unter anderem aus Deutschland.** Richtig. Von Amerikanern, Deutschen und anderen westlichen Lieferanten. Auf diesem Wege haben Sie 100.000 Iraner getötet oder verletzt. Unsere Kommandeure gingen zum damaligen Obersten Religiösen Führer Ajatollah Ruhollah Chomeini und baten ihn um Erlaubnis, mit Chemiewaffen zurückzuschlagen zu dürfen. Aber Ajatollah Chomeini sagte, dass der Einsatz von Massenvernichtungswaffen nach dem Islam Genozid bedeutet und deshalb verboten sei. Gibt es eine bessere objektive Garantie dagegen, dass wir solche Waffen einsetzen, als diesen Fall, in dem wir sie nicht einmal benutzt haben, um einen derartigen Angriff damit abzuwehren?

**Aber im Zentrum der Verhandlungen steht doch gerade die Frage, ob der Iran bereit ist, einen Abstand von einem Jahr zum Ausbruchspunkt zu akzeptieren. Ihr Land scheint aber nicht bereit dazu zu sein.**

In Wahrheit ist das nur ein politisches Problem. Amerika weiß, dass wir mit der Urananreicherung allein deshalb begonnen haben, weil der Westen uns Brennstoff vorenthalten hat. Aber wenn wir einen Atomraketen Sprengkopf haben wollten, dann könnten wir ihn schon morgen herstellen. Wenn der Iran das höchste Maß an Transparenz akzeptiert, eine Beschränkung seiner Urananreicherung auf fünf Prozent und auf Wiederaufber-

tungsanlagen verzichtet, die beim Bau einer Plutoniumbombe nötig wären, dann wären all diese Maßnahmen gemeinsam ausreichend, um alle Bedenken auszuräumen.

**Was erwarten Sie von Europa?** Sollte die US-Regierung überzeugt sein, dass der Iran eine Geste äußerst guten Willens gezeigt hat, indem er den Anreicherungsgrad und seine Vorräte beschränkt hat, aber den Kongress nicht überzeugen, dann sollte das Weiße Haus wenigstens die Europäer nicht bestrafen, wenn sie die Sanktionen auf Ölexporte, die Zentralbank und das Swift-System aufheben.

**Zu Beginn von Ruhanis Amtszeit gab es Anzeichen, dass sich der Ton zwischen Israel und dem Iran verändern könnte. Kann mehr daraus werden?** Netanjahu hat gesagt, Ahmadinedschad leugne den Holocaust und wolle Israel von der Landkarte tilgen. Dann kam Ruhani an die Macht und der Präsident gratulierte den Juden zu ihrem Neujahr. Die neue Regierung verurteilte auch den Holocaust. Doch Israels Politik hat sich nicht verändert. Netanjahu hat sich nicht verändert. Für ihn macht es keinen Unterschied, ob unser Präsident den Holocaust leugnet und Israel von der Landkarte tilgen will, oder ihnen gratuliert und den Holocaust verurteilt.

**Das hört sich nicht an, als ob Sie sich eine neue Kooperation wünschen, wie die Amerikaner sie sich als Konsequenz eines Atomdeals vorstellen.** Im Gegenteil. Schauen Sie sich doch die derzeitige Krise an: Der radikale sunnitische Extremismus – sei es al-Qaida, al-Nusra oder IS – ist in Wahrheit eine Bedrohung für die Araber, Türken, Israel, China, Russland, Europa. Das ist die Bedrohung Nummer eins für alle, unabhängig von anderen Themen. Daher brauchen wir gemeinsame Gegenmaßnahmen. Wir haben vielleicht Meinungsverschiedenheiten bei anderen Themen, aber das ist eine Gefahr für uns alle, und wir sollten sie zusammen bekämpfen. Wenn wir den Frieden in Afghanistan und in Syrien bewahren, könnten wir viel Stabilität gewinnen.

## AUSLAND

ITALIEN

### Vorbereitung auf Präsidentenwahl

Italien bereitet sich auf die Wahl eines neuen Präsidenten vor. Staatschef Giorgio Napolitano werde „in wenigen Stunden“ zurücktreten, sagte Ministerpräsident Matteo Renzi am Dienstag bei seiner Abschlussrede zur EU-Ratspräsidentschaft seines Landes in Straßburg. Nach Medienangaben wird Napolitano am heutigen Mittwoch das Amt niederlegen. Der 89-Jährige hatte schon während seiner Neujahrsansprache bekannt gegeben, aus Altersgründen zurückzutreten – ohne jedoch ein konkretes Datum zu nennen. Eine mögliche Anwärterin auf das Präsidentenamt, Emma Bonino, ist an Krebs erkrankt. Sie müsse sich wegen eines Tumors in der Lunge einer „mindestens sechsmonatigen“ Chemotherapie unterziehen, teilte die 66-jährige ehemalige Außenministerin mit. Für das Amt sind auch die früheren Ministerpräsidenten Romano Prodi und Giuliano Amato im Gespräch.

POLEN

### Putin nicht bei Jahrestag der Befreiung von Auschwitz

Der russische Staatschef Wladimir Putin wird nach Angaben des Kremls zum 70. Jahrestag der Befreiung des NS-Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau durch die Rote Armee nicht nach Polen reisen. Eine Teilnahme Putins an der Gedenkveranstaltung am 27. Januar stehe nicht auf dessen Terminplan, sagte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow. Einen Grund nannte er nicht. Der russischen Nachrichtenagentur Interfax sagte Peskow, Putin habe keine Einladung zu der Zeremonie erhalten. Zugleich gab er an, es sei dem Kreml bekannt, dass keine offiziellen Einladungen verschickt worden seien. Laut der am Dienstag in Polen veröffentlichten Gästeliste wird Russland bei der Veranstaltung durch seinen Botschafter vertreten.

UKRAINE

### Keine Einigung auf Termin für Gipfeltreffen

Die Hoffnungen auf einen baldigen Gipfel zur Lösung des Ukraine-Konflikts haben sich zerschlagen. Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) und seine Kollegen aus der Ukraine, Russland und Frankreich konnten sich am Montagabend in Berlin nicht auf einen konkreten Termin einigen. Steinmeier

sprach von einem Austausch mit „Kontraversen“. Eigentlich sollte der Gipfel morgen in Kasachstan stattfinden. Steinmeier beriet am Montagabend mehr als vier Stunden lang mit seinen Kollegen Laurent Fabius aus Frankreich, Pawlo Klimkin aus der Ukraine und Sergej Lawrow aus Russland.

ÄGYPTEN

### Gericht hebt letztes Urteil gegen Mubarak auf

Ägyptens früherer Machthaber Husni Mubarak könnte nach knapp vierjähriger Haft bald ein freier Mann sein. Das höchste Berufungsgericht in Kairo hob eine dreijährige Haftstrafe wegen Korruption auf und ordnete einen neuen Prozess an. Bereits Ende November 2014 hatte ein Strafgericht in Kairo ein Verfahren wegen des Todes von mehr als 800 Demonstranten während der Proteste im Frühjahr 2011 eingestellt. Damit ist der 86-Jährige derzeit straffrei und könnte freigelassen werden. Mubarak und seine Söhne Gamal und Alaa waren im Mai vergangenen Jahres wegen Veruntreuung von mehr als 100 Millionen Ägyptischer Pfund (knapp zwölf Millionen Euro) verurteilt worden. Sie sollen die staatlichen Mittel für die Instandhaltung des Präsidentenpalastes für ihre Privathäuser verwendet haben. Das Kairoer Gericht hob auch die Urteile von vier Jahren Haft gegen die Söhne auf.

## Deutsche Bank

„Ich möchte unser neues Traumhaus genießen – ohne ständig an die Finanzierung denken zu müssen.“

Es gibt einen Weg, eine Baufinanzierung so zu gestalten, dass sie ganz einfach zu Ihrem Leben passt. Der Weg der Deutschen Bank.

Vereinbaren Sie jetzt einen Termin unter (069) 910-10027 oder [www.deutsche-bank.de/baufi](http://www.deutsche-bank.de/baufi)

Leistung aus Leidenschaft

**Deutsche Bank Baufinanzierung**

**1,01%**  
gebundener Sollzinssatz p. a.\*

Nettodarlehensbetrag	100.000 EUR
Gebundener Sollzinssatz	1,01% p. a.
Sollzinsbindung	5 Jahre
Laufzeit	25 Jahre
Anfängliche monatliche Rate	378,44 EUR
Effektiver Jahreszins	1,01%

Repräsentatives Beispiel Immobilienerwerb (mit monatlicher Tilgung), Stand: 05.01.2015.  
\*Finanzierungsbedarf bis max. 50% des Kaufpreises, nur für Neugeschäft. Bonität vorausgesetzt. Zusätzlich fallen noch Kosten im Zusammenhang mit der Bestellung der Grundschulden an, wie Notarkosten, Kosten der Sicherheitenbestellung (z. B. Kosten für das Grundbuchamt) sowie für die Gebäudeversicherung.

ANZEIGE